

Auf ein Neues!

Ampelanlage Winterswijker Strasse

Fragen über Fragen. Die Sachlage ist folgende: Wir BündnisGrüne hatten einen Antrag vor mehr als 2 ½ Jahren eingebracht, dort eine Ampelanlage zu errichten. Als erster Einwand kam seitens der CDU, man müsse dort erst einmal messen, ob es sich denn lohnt eine Anlage zu bauen. Flugs wurde eine Zählung durchgeführt, die dann prompt das erhoffte Ergebnis erbrachte zu wenig Verkehr! Da wurde zu Zeiten gemessen an denen weder der Schul- noch der Kindergartenverkehr stattfand. Erst auf massive Kritik unsererseits wurde ein zweites Mal gemessen und das zu den von uns vorgeschlagenen Zeiten. Siehe da, es wurden Zahlen gemessen, die weitaus höher lagen, als bei der ersten Messung. Der Landesbetrieb Straßenbau (LSB) hat dann auch signalisiert, die Ampel zu bauen. Im November 2001 hat dann unser Ratsmitglied Josef Schleif beim LSB angerufen und die Nachricht erhalten, dass man den Bau für das Jahr 2002 einplanen würde. Daraufhin hat er dann den Einbau einer Kontaktschleife im Zuge der Haushaltsberatungen 2002 gefordert. In der betreffenden Beratung wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass der Haushalt des LSB noch nicht aufgestellt sei. Das nahm die CDU prompt zum Anlass, den Antrag abzulehnen. In der gleichen Sitzung hatte die UWG einen Antrag auf Einbau von Kontaktschleifen in die Ampelanlage Winterswijker Str./Esch eingebracht. Dieser Antrag wurde seitens der CDU befürwortet und wurde in den Haushalt eingestellt. Nun hat man dort auch Messungen durchgeführt. Der Verkehrsplaner kommt daraufhin zu dem eindeutigen Ergebnis, dass dort wegen des deutlich zu geringen Verkehrsaufkommens keine Kontaktschleifen hingehören.

Auch die Verweildauer der Verkehrsteilnehmer, die auf die Winterswijker Straße einbiegen wollen sei – auch an Wochenenden – im absolut zumutbaren Bereich.

Daraufhin wird der Haushaltsansatz für diese Maßnahme aus dem Haushalt 2003 gestrichen.

Gleichzeitig haben wir nochmals einen Antrag für diese Kontaktschleifen für die Kreuzung Panofen / Fürst zu Salm Horstmar Straße gestellt. Die Antwort des Bürgermeisters in dieser Sitzung war, dass seines Wissens die Kontaktschleifen eingebaut würden und diese auch vom LSB finanziert würden. Josef Schleif

war darüber sehr erstaunt und hat daraufhin den Antrag zurückgezogen um zu vermeiden, dass die Gemeinde möglicherweise Kosten zu übernehmen hat, die vom LSB zu tragen wären. Sein Anruf beim LSB ergab allerdings eine völlig andere Sachlage: Die Kontaktschleifen werden an Fußgängerampeln grundsätzlich nicht vom LSB finanziert. Im Übrigen sei der Bau dieser Anlage für dieses Jahr ungewiss wegen der finanziellen Situation in diesem Bereich.

Nun haben wir – um den Druck auf den LSB zu erhöhen – den Antrag für diese Kontaktschleifen nochmals gestellt.

Der Antrag wurde in der vorletzten Ratsitzung ohne Aussprache mit der CDU-Mehrheit abgelehnt. Das bekräftigt natürlich unsere Vermutung: Man will die Anlage nicht!

Wir werden jedenfalls für diese Anlage weiter kämpfen, und dies ganz besonders im Sinne der Kinder und älteren Mitmenschen. Die Kreuzung ist gefährlich und verstößt in vielen – teilweise gravierenden – Punkten der Straßenverkehrsordnung. Im Übrigen hat hier der CDU-Politiker Kahmen auch einen anderen Zollstock benutzt, als das andere getan haben. Wir haben jedenfalls eine andere Breite der Verkehrsinsel für die Radfahrer gemessen, als er im Rat bekannt gegeben hatte. Das erinnert an Parallelen zu der Höhe der Drempele im Bereich Buchenallee..... Die gesamte Verkehrsführung für die Radfahrer ist lebensgefährlich. Fußgänger und Radfahrer sind regelmäßig im Begegnungs- oder Überholverkehr sowie auf der Mittelinsel gefährdet. Die Beschilderung in Form von Piktogrammen kann man nur mit Kopfschütteln quittieren.

Die Mittelinsel hat das Hauptziel, nämlich die Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Winterswijker Straße, nicht erreicht. Der Verkehr fährt mit unvermindert hoher Geschwindigkeit im Bereich der Querungshilfe.

Eine Ampelanlage mit Kontaktschleife würde dazu führen, dass die querenden Verkehrsteilnehmer jedenfalls weitaus sicherer als heute wären. Ein weiterer Vorteil wäre, dass sich im Rhythmus der Rotphase an dieser Ampel der Verkehr im weiteren Verlauf der Winterswijker- und Jacobistraße entspannen würde. Eine Querung sowie das Einbiegen in diese Straßen würde u. a. auch an der Einmündung des Esch erleichtert und damit sicherer. Verkehrslärm und Abgase würde damit nicht nur an dieser Kreuzung deutlich reduziert.

Wir werden jedenfalls mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiter diese Ampel mit Kontaktschleifen fordern und verfolgen.

Übrigens: Wir hatten auch eine Grün-Phasen-Schaltung der dann 3 Ampeln in Oeding gefordert. Das LBS hat diese als technisch nicht realisierbar und im Übrigen zu teuer abgelehnt. Dabei sind diese Anlagen überall zu sehen, wie in Bocholt, in Wesel und sogar in Südlohn. Eigenartigerweise war dies ohne technische Probleme machbar.... Der einzige Unterschied liegt darin, dass Lidl ein Projekt der CDU, die o. g. Ampel nicht von der CDU beantragt wurde.....

Flächennutzungspläne

- Die Erste

Da wird im Außenbereich der Bau einer „Betriebsleiterwohnung“ beantragt, wobei der Bürgermeister den Antragsteller tatkräftig unterstützt. Dagegen haben die Behörden aber deutlich opponiert. Die Frage unseres Ratsmitgliedes Josef Schleif, ob dort nicht ein Präzedenzfall geschaffen werde, wurde mit „Nein“ beantwortet. Nach reiflicher Überlegung wird nun der RP diese nun doch genehmigen. Wir BündnisGrüne können nur jeden, der im Außenbereich gerne bauen möchte, empfehlen: Baut zunächst ein privilegiertes Vorhaben, dann könnt Ihr auch dort später ein Wohnhaus bauen.....(oder auch nicht!?!?)

- Die Zweite

Die CDU hat ihre Gegnerschaft gegen die Windkraft offensichtlich so stark übertrieben, dass der Regierungspräsident dagegen opponieren musste. Er spricht sogar von Verletzung von Rechtsvorschriften! Dabei ging es um die Festlegung eines Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu Wohnhäusern im Außenbereich. Der Rat musste sich daher nochmals mit diesem Thema beschäftigen und hat den von der CDU festgelegten Mindestabstand aufgehoben. Reine Klientelpolitik, wie wir es der Mehrheitspartei in Sachen Windkraft immer schon vorwerfen, wird hier offensichtlich so weit getrieben, dass man selbst Rechtsverstöße in Kauf nimmt. Das nennt man kurzfristig und unklug! Das unausgewogene Verhältnis dieser Partei zum Umwelt- und Klimaschutz zeigt sich auch hier wieder in aller Deutlichkeit.

Wie soll geheizt werden?

Wir haben nunmehr zum zweiten Mal für den Haushalt Mittel für die Erneuerung der teilweise mehr als 20 Jahre alten Heizungsanlagen beantragt.

Die CDU hat diese mit der Begründung abgelehnt, es wären ja keine Deckungsvorschläge für diese Ausgaben vorhanden. Dabei hat Josef Schleif detailliert aufgezeigt, dass die Anlagen – und damit verbundene Wärmedämmung – sich von selbst trägt. Einsparungen im Verwaltungshaushalt von mindestens 15.000 € wurden einfach vom Tisch gefegt. Das gilt auch für Vorteile, wie die Reduzierung der Abgase und Klimaschutz. Dabei hat einer der Schuldirektoren für seine Schule diese Maßnahme nachdrücklich gefordert. Die CDU erklärte, dass sie diese Maßnahme erst im nächsten Jahr für notwendig erachtet. Interessant ist nun die derzeitige Sachlage: Für diese Schule wird plötzlich ein Angebot der SVS Stadtlohn, an der die Gemeinde Anteile besitzt, präsentiert und zwar als Leasingmodell. Dabei wird die Anlage incl. der Gaslieferung für eine Laufzeit von 15 Jahren angeboten mit allen Fragezeichen hinsichtlich des Verbleibens und des Restwertes dieser dann 15 Jahre alten Anlage. Dahinter steht ein Modell des Gaslieferanten, der natürlich daran interessiert ist, seine Energie zu verkaufen. Nachdem wir damit in die Öffentlichkeit gegangen sind, scheint es ein Umdenken in dieser Sache zu geben: Es wurden auch hiesige Handwerker – wie von uns gefordert - in das Angebotsverfahren genommen. Ferner soll jetzt auch über den Einsatz der alternativen Energie „Holz“ nachgedacht werden.

Bei allen Diskussionen bleibt die spannende Frage nach der Finanzierung dieser Maßnahme. Im Haushalt ist dank CDU nichts dafür vorgesehen..... Woher also das Geld nehmen? Oder sind die o. g. Aktivitäten nur vorgeschobene Gründe um letztendlich doch das Leasingmodell zu forcieren? Übrigens wird der Bürgermeister in der Öffentlichkeit als derjenige dargestellt, der plötzlich das Thema Holz-schnitzelheizung ins Spiel gebracht habe. Das gilt es klar zu stellen: Der BM hat die Ratsvorlage mit dem Gaslieferanten in der besagten Ratssitzung verteidigt, es ginge ja schließlich um den Lieferanten, an dem die Gemeinde Anteilseigner sei.....

Die Holz-schnitzelheizung wurde im Vorfeld von uns gefordert.

Wir BündnisGrüne können uns keine bessere Heizungsanlage als die mit Holzhackschnitzeln vorstellen. Sie hat 3 gravierende Vorteile für die Gemeinde: Sie ist sicher in der Versorgung, sie ist unschlagbar kostengünstig, da die Gemeinde einen großen Teil der notwendigen Holz-schnitzel selbst liefern kann und sie ist umweltschonend, weil es sich um nachwachsende Rohstoffe handelt.

**Umdenken der CDU in Sachen
Skateranlage**

Nachdem fast 200 Unterschriften von Südlohner und Oedinger Jugendlichen bei der Gemeinde eingegangen sind, mit der Bitte um Bereitstellung von Geld für die Skateranlage, hat die CDU endlich eingesehen, dass die von ihr im letzten Jahr beschlossenen Gelder für die Erneuerung der Basketballanlage an der Hauptschule in Südlohn ein Flop ist.

Man hat der Umwidmung dieser Gelder zugestimmt. Damit wurde unsere langgehegte Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für eine Skateranlage Rechnung getragen. Mit diesen Geldern können die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in Angriff genommen werden, wenn in diesem Jahr die von der Südlohner Werbegemeinschaft versprochene Errichtung und Finanzierung dieser Anlage erfolgt.

**Unsicherheit durch Leitpfosten an
der Landstrasse Richtung Gabel-
punkt**

Diese Begrenzungspfähle sind ein Ärgernis und eine Zumutung für alle Verkehrsteilnehmer. Wir fordern die Entfernung dieser und das sofort. Ein mehr an Verkehrssicherheit ist nicht zu erkennen. Da werden die Fußgänger bei der jetzigen Beschilderung von dieser Straße ausgesperrt. Dies geschieht natürlich aus gutem Grund: Wenn man sich die Breite der Streifen ansieht, so können sich begegnende bzw. überholende Verkehrsteilnehmer nur in den Graben bzw. auf die Fahrbahn ausweichen. Beides birgt hohe Risiken besonders für die schwachen Verkehrsteilnehmer. Ferner hat der Radfahrer bei Dunkelheit keinerlei Chance, quer liegende Hindernisse – wie etwa abgebrochene Leitpfähle – rechtzeitig zu erkennen geschweige denn, die zu umfahren ohne eigene starke Gefährdung. Da wäre auch noch die mangelnde weil kostspielige Reinigung des so genannten Fahrradweges. Im Falle von Schnee und Glätte werden diese Streifen nicht von den Streu-/Reinigungsfahrzeugen erfasst. Die Folge sind glatte oder holprige Seitenstreifen, die für die Radfahrer lebensgefährlich sind. Vergessen sollte man auch nicht die Tatsache, dass bei dieser Regelung die landwirtschaftlichen Fahrzeuge, die früher den Mehrzweckstreifen nutzten, nun die Hauptstraße benutzen müssen mit der Folge, dass es regelmäßig zu gefährlichen Situationen im Überhol-/Ein- und Abbiegeverkehr kommt. Da man festgestellt hat, dass sich seit dieser „Pfähle – Regelung“ die Abbiege-Richtung Südlohn zum Unfallschwerpunkt entwickelt hat, ist man auf die Idee gekommen, diesen Bereich zu „entschärfen“. Man hat ein Stau-

warnschild aufgestellt und im Abbiegebereich die Pfähle, die normalerweise den Radfahrer vor dem Verkehr schützen sollten, einfach weggenommen. Nun ist der Radfahrer dort um so mehr gefährdet. Das alles nimmt man in Kauf, nur um nicht zugeben zu müssen, dass diese Regelung, die die CDU initiiert hat, falsch und gefährlich ist. Bei der letzten Verkehrsschau hatte das LSB bereits signalisiert, diese Pfähle zu entfernen. Ein interner Beschluss war bereits gefasst.

Dem hat der Bürgermeister heftig widersprochen so dass dieser Punkt nicht einmal im Protokoll der vorletzten Verkehrsschau erscheint.....

Nun verweisen die so genannten Experten auf die Unfallzahlen-Entwicklung.

Dabei wird ignoriert, dass sämtliche Unfälle die vor der Pfähle - Regelung dort geschehen sind, nichts mit der damaligen Verkehrssituation zu tun hatten.

Spannend wird es dann, wenn ein Radfahrer im Bereich der fehlenden Pfähle verunglückt und wer dann zahlt.

Wir werden auch hier einen entsprechenden Antrag an die Gemeinde stellen, diese unsinnige Regelung aufzuheben.

Jubiläumszuwendungen gekürzt

Die CDU hatte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2003 die Kürzung des Haushaltsansatzes für Jubiläen um die Hälfte gekürzt. Die Folge wurde bereits jetzt sichtbar: Die in Ansatz gebrachten Gelder sind bereits bis auf einen kleinen Rest aufgebraucht. Um nun nicht einen Rückzug von eigenen Beschlüssen antreten zu müssen, wurde die Kürzung der Fallpauschalen für Jubiläen um die Hälfte beschlossen. Da spricht die CDU davon, dass der bisher obligatorische Frühstückskorb doch eher etwas für die Verwandtschaft der Jubilare sei. Im Übrigen sei festzustellen, dass es deutlich mehr positive Reaktionen auf den Brief des Bürgermeisters gegeben habe, als auf das Geschenk. Dies ist eines der typischen Beispiele, wie man einerseits nach dem Typ Rasenmäher Haushaltsansätze gekürzt hat und andererseits sinnvolle Vorschläge zur nachhaltigen Verbesserung der Einnahmen als auch der Ausgaben unter den Tisch fegt. (u. a. Heizungsanlagenerneuerung in den öffentlichen Gebäuden mit deutlichen Einsparmöglichkeiten in Energie sowie Verhinderung der Windkraft um jeden Preis mit Einnahmeverlusten in Sachen Gewerbesteuer)

CDU – Wahlkampf durch Panikmache schon jetzt?

Da ist das neue Einwanderungsgesetz, das im Sommer dieses Jahres beschlossen werden soll. Die CDU ist gegen die bisherige Regelung, dass die Duldung von ausländischen Mitbürgern wegfallen soll. Das bedeutet, dass dann auch gleichzeitig die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit für diese Mitmenschen wegfällt. Das wiederum führt zu erhöhtem Aufwand der Kommunen, die bisher für diese Personengruppe finanziell zuständig sind. Obwohl in dieser Angelegenheit noch nichts entschieden ist, wird hier bereits heute Stimmung gemacht. Dabei verschweigt man geflissentlich, dass diese Entwicklung von der CDU gewollt ist. Wir BündnisGrüne stehen mit unserer Forderung nach Aufrechterhaltung der Duldung leider alleine.

Kurz notiert

- Feuerwehrgerätehaus Oeding

Das Feuerwehrgerätehaus wird nun erst in einigen Jahren gebaut. Grund dafür seien – so die CDU – die Finanzen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Nach unseren Informationen würde bei jetzigem Baubeginn das Gerätehaus auf einem fremden, weil nicht gemeindeeigenem Grundstück gebaut.....

- Burloer Strasse West

Lt. Bürgermeister Beckmann sollten die Bagger bereits im August 2001 auf diesem Areal rollen. Bis heute sind dort aber nicht die Bagger, sondern die Trecker die tonangebenden Fahrzeuge. Es zeigt sich immer mehr, dass die dort unmittelbar an diesem Areal vorbeiführende Umgehung das Hauptthema ist, warum sich dort nichts bewegt. Nun hat die Gemeinde dort ein schmales Wiesengrundstück gekauft und dies im Rahmen von Tauschgeschäften. Jetzt will der Bürgermeister allen erzählen, das sei der Startschuss für die Bebauung dort. Unsere Forderung nach dem Kauf der Grundstücke, Erschließung durch die Gemeinde und dem nachfolgenden Verkauf bleibt weiter bestehen. Unserer Einschätzung nach wird sich dort absehbar nichts bewegen, es sei denn, die Gemeinde bewegt sich. Doch das ist angesichts der Risiken – eben wegen der Umgehung – nicht erkennbar.

- Flugplatzweiterung Wenningfeld

Das Verfahren zur Flugplatzweiterung läuft seinen Gang, wie Sie sicher aus der örtlichen Presse entnehmen konnten. So hat die Bezirksregierung in Münster grünes Licht für die Fortführung der Planung erteilt. Dabei kam es allerdings zu einer für uns BündnisGrünen seltsamen Entscheidung der SPD. Während hier die Volksvertreter dieser Partei vehement gegen diese Flugplatzweiterung und damit der Verschwendung von Steuergeldern sind, haben die SPD-Vertreter im Bezirksplanungsrat mit der CDU und der FDP gestimmt und damit zugestimmt.

Wir Grüne warnen in aller Form vor der Schaffung eines eigenen Abwasserbetriebes. Je nach Rechtsform würde dieser Betrieb gegebenenfalls mehrwertsteuerpflichtig. Weiter haben wir die Vermutung, dass die CDU, die dies beantragt hat, mit diesem Betrieb Tür und Tor für Abzocke der Bürger schaffen möchte wie in vielen Städten und Gemeinden, die dies bereits praktizieren. Wie anders kann man die Begründungen, die mit diesem Antrag geliefert werden verstehen. Da spricht man von einer organisatorischen und kostenmäßigen Trennung des Betriebes. Wenn man allerdings einmal genauer hinschaut, ist diese Trennung heute klar gegeben. Oder will man dem Kämmerer damit sagen, dass er seine Aufgaben nicht versteht? Das Ganze hat vielleicht mit der archaischen Einstellung dieser Partei zu den Themen EDV und neue Kostenerfassung zu tun. Beide Gebiete werden in nicht mehr zu verantwortender Weise durch diese Partei behandelt und führt unweigerlich zu einem Crash in naher Zukunft. Auswirkungen sind bereits heute spürbar. Will man schnelle Hilfe in Form von Informationen heißt es immer häufiger „Sorry, die EDV hat Probleme.....“

Ich möchte:

- Infomaterial zugesandt bekommen
- Zu Versammlungen eingeladen werden
- Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen werden

Name:

Anschrift:

Tel.:

Weitere Informationen unter:

www.gruene-suedlohn.de

Kontakt:

**Südlohn: Rickers, Lohner Str. 71 Tel.: 97097
Oeding: Schleif, Hinterm Busch 18 Tel.: 6519**